



Geschäftsführung Ausschuss für Umwelt und Grün

Frau Nick

Telefon: (0221) 221-24176

Fax: (0221) 221-24686

E-Mail: anja.nick@stadt-koeln.de

Datum: 13.10.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 30.09.2010, 13:00 Uhr bis 16:05 Uhr, Stadthaus Deutz, Stadthaus Deutz, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln
16. Etage, Riegel F, Konferenzraum 43

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE	bis 15:40 Uhr
------------------------	-------	---------------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD	ab 15:40 Uhr Vorsitz
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Arlt	Pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer	Die Linke.Köln
--------------------------	----------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU

Herr Heribert Resch	CDU
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen
Herr Mike Pöhler	FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Käthe Reiff	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
------------------	--

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
------------------------------	---

Presse

Zuschauer

Die Ausschussvorsitzende begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln und verweist auf die vorliegenden erweiterten bzw. aktualisierten Tagesordnungen. Sie weist darauf hin, dass der ursprünglich zum regulären Sitzungstermin vorgesehene Vortrag zur Lärminderungsplanung am heutigen Tag, auf den die Sitzung verschoben wurde, wegen Verhinderung des Gutachters leider entfiel. Alternativ gebe die Verwaltung jetzt zunächst Gelegenheit, sich anhand der unter TOP 9.6 als Tischvorlage zur Verfügung gestellten Unterlagen mit der Thematik zu befassen. Ggf. werde der Gutachter in der nächsten Sitzung für die Beantwortung von Rückfragen zur Verfügung stehen.

Neu hinzugekommen sei das Angebot eines Vortrags von Herrn Dr. Trier vom Römisch-Germanischen Museum über die Ausgrabungen am Ort des geplanten Rheinboulevard.

Vor dem Hintergrund der am gleichen Tag stattfindenden Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, an der sie auch teilnehmen und deshalb vorzeitig diese Sitzung verlassen müsse, bittet die Ausschussvorsitzende, die Behandlung der im STEA ebenfalls zu beratenden Vorlagen im Anschluss an diesen Vortrag vorzuziehen, also mit TOP 6.5 und TOP 6.6 sowie TOP 7.2 zu beginnen und anschließend die weiteren Planungs- und Beschlussvorlagen zu behandeln, bevor der Tagesordnung weiter ab TOP 1 gefolgt wird.

(Hinweis: Frau Dr. Müller übergibt den Vorsitz an ihren Stellvertreter Herrn Bacher vor Behandlung der TOP 4 ff).

Die erweiterte Tagesordnung sowie der Vorschlag zur geänderten Behandlungsfolge werden einvernehmlich angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Vortrag zum Stand der Lärminderungsplanung

Von der Verwaltung zurückgezogen

B Vortrag zu den Ausgrabungen Rheinboulevard

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Gesundheitsgefährdungen durch Fluglärm
Beantwortung der mündlichen Anfrage des RM Herrn Kienitz vom 01.07.2010
3388/2010

2.2 Standsicherheit von Pappeln im Grüngürtel
Mündliche Anfrage des RM Frau Welcker vom 01.07.2010
3499/2010

2.3 Beantwortung der Anfrage des RM Bacher aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 30.08.2010 betr. Bebauungsplanverfahren Herri-
gergasse in Köln-Müngersdorf
3702/2010

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

3.1 Bolz- und Basketballplätze in Köln
Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion (AN/0864/2010) vom 30.04.2010
im Sportausschuss
3315/2010

3.2 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion (AN/1424/2010) vom 10.08.2010
betreffend die zweite Offenlage Bebauungsplan-Entwurf "VEP-Herrigergasse"
in Köln-Müngersdorf
3414/2010

3.3 Sitzbänke am Neusser Platz
AN/1594/2010

3.4 Wasserspielplatz Innerer Grüngürtel - Zwischen Venloer und Vogelsanger
Straße
AN/1647/2010

- 3.5 Wasserverunreinigung bei Rheinkilometer 675
AN/1668/2010
- 3.6 Mülheimer Hafen - Gefahrenschutz
AN/1669/2010
- 3.7 Anwendung der Naturdenkmalverordnung
hier: Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln aus Juli 2010
(AN/1384/2010)
3763/2010
- 3.8 Schutz von freilaufenden Katzen, wild- und freilebenden Tieren und Menschen
durch Kastration und Kennzeichnung freilaufender Katzen
AN/1756/2010
- 4 Mündliche Anfragen**
- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 6 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 6.1 Sürther Feld in Köln Sürth, Bebauungsplan Nr. 71380703
hier: Grünplanungs-Konzept der Ausgleichs- und Ersatzpflanzung
2933/2010
- 6.2 Regionale 2010 Projekt: Portal Gut Leidenhausen
5169/2009
- 6.3 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten
2373/2010
- 6.4 Bedarfsfeststellung
hier: Beschaffung von Grabkammern einschließlich Einbau und Oberflächen-
herstellung
3122/2010
- 6.5 Unterschutzstellung der Terrassenkante im Bereich Herrigergasse/Alter Mili-
tärting als Naturdenkmal
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 01.02.2010
3717/2010
- 6.6 Einspruch der Bezirksvertretung Lindenthal zur beabsichtigten Erteilung einer
Fällgenehmigung für das Bauvorhaben Belvederestraße 100 in Köln-
Müngersdorf
3738/2010
- 6.7 Einsatz von Laubblasgeräten in der Grünpflege
3487/2010

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 7.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Arbeitstitel: "Rath See" in Köln-Rath/Heumar
1910/2009

- 7.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 61454/02
Arbeitstitel: Herrigergasse in Köln-Müngersdorf
1406/2010

- 7.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Am Lusthaus" in Köln-Rath/Heumar
1879/2010

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

9 Mitteilungen

- 9.1 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
1737/2010

- 9.2 Mülheim 2020
Integriertes Handlungskonzept für Köln-Mülheim, -Buchforst und -Buchheim
hier: Beschluss des Konzeptes zur Optimierung des Bürgerparks an der Berliner Straße
3572/2010

- 9.3 Wegeführung in der Wahner Heide
3688/2010

- 9.4 Zwischenbilanz zum Projekt ÖKOPROFIT 2010 in Köln
3900/2010

- 9.5 PFT-Funde im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich; Hier Sachstand zum 15.09.2010
3827/2010

- 9.6 Vortrag zum Stand der Lärminderungsplanung
4016/2010

- 9.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Auswirkungen der Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke auf kommunale Energieversorger"
- 9.8 Geschäftsbericht 2009 des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes 4093/2010

I. Öffentlicher Teil

A Vortrag zum Stand der Lärminderungsplanung

Der Vortrag wird **zurückgezogen**, da der Gutachter zum Sitzungstermin verhindert ist. Die Information erfolgt in Form einer Mitteilung unter TOP 9.6 und liegt als Tischvorlage vor.

B Vortrag zu den Ausgrabungen Rheinboulevard

Herr Dr. Trier vom Römisch-Germanischen Museum der Stadt Köln berichtet über die Befunde im Rahmen der Ausgrabungen.

Auf Nachfrage der Ausschussmitglieder, wie es nun weitergehe, legt er dar, dass die Diskussion hinsichtlich einer Neu- oder Überplanung unter Einbindung der archäologischen Funde erst noch erfolgen müsse. Dabei haben die vorgesehene Hochwasserachse sowie das weitere Verfahren hinsichtlich des Hochwasserschutzes mit den entsprechenden einzuhaltenden Fristen Vorrang.

Herr Dr. Bauer vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen berichtet, dass der Zeitplan der Baumaßnahme eingehalten werden könne. Etwa Mitte Oktober wäre das Leistungsverzeichnis für den Bau der Treppe (noch nicht des Boulevards) erstellt und somit deren Ausschreibung möglich, so dass mit dem Baubeginn im April 2011 gerechnet werde.

Für die weiteren Maßnahmen könnten wegen einer Verengung infolge der archäologischen Funde teilweise Mehrkosten entstehen. Darüber hinaus erwäge das Ministerium wegen der Bedeutsamkeit der Anlage, dies als Sonderprojekt zu verfolgen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Gesundheitsgefährdungen durch Fluglärm Beantwortung der mündlichen Anfrage des RM Herrn Kienitz vom 01.07.2010 3388/2010

2.2 Standsicherheit von Pappeln im Grüngürtel Mündliche Anfrage des RM Frau Welcker vom 01.07.2010 3499/2010

2.3 Beantwortung der Anfrage des RM Bacher aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 30.08.2010 betr. Bebauungsplanverfahren Herrigergasse in Köln-Müngersdorf 3702/2010

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

**3.1 Bolz- und Basketballplätze in Köln
Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion (AN/0864/2010) vom
30.04.2010 im Sportausschuss
3315/2010**

SE Frau Röttger-Schulz weist als Ergänzung auf einen weiteren Bolzplatz an der Escher Straße im Stadtbezirk 6 hin.

**3.2 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion (AN/1424/2010) vom
10.08.2010 betreffend die zweite Offenlage Bebauungsplan-Entwurf
"VEP-Herrigergasse" in Köln-Müngersdorf
3414/2010**

**3.3 Sitzbänke am Neusser Platz
AN/1594/2010**

**3.4 Wasserspielplatz Innerer Grüngürtel - Zwischen Venloer und Vogelsanger Straße
AN/1647/2010**

**3.5 Wasserverunreinigung bei Rheinkilometer 675
AN/1668/2010**

**3.6 Mülheimer Hafen - Gefahrenschutz
AN/1669/2010**

**3.7 Anwendung der Naturdenkmalverordnung
hier: Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln aus Juli 2010
(AN/1384/2010)
3763/2010**

SB Herr Dr. Albach bittet die Verwaltung, dem Ausschuss die alte Liste noch einmal zur Verfügung zu stellen, damit dieser einen Überblick gewinne und eine Einschätzung treffen könne, wo - auch im Hinblick auf weitere Planvorhaben - Handlungsbedarf bestehe.

RM Herr Dr. Welpmann unterstützt die Bitte, auch mit dem Ziel einer möglichen strategischen Vorgehensweise. Darüber hinaus bemerkt er, dass sich die Beantwortung nur auf den Innenbereich beziehe, und erkundigt sich danach, was mit dem Außenbereich sei.

Herr Bracke von der Unteren Landschaftsbehörde antwortet, dass für den Außenbereich der Landschaftsplan gelte. Hier seien die NDA = Naturdenkmale im Außenbereich ausgewiesen.

3.8 Schutz von freilaufenden Katzen, wild- und freilebenden Tieren und Menschen durch Kastration und Kennzeichnung freilaufender Katzen AN/1756/2010

4 Mündliche Anfragen

4.1 Mündliche Anfrage des SE Herrn Donath Umstellung von Erdgas auf Braunkohlestaub

Anfrage des SE Herr Donath:

„Die Presse berichtete (21.9.10 Kölner Stadtanzeiger, Stadtteilausgabe rechtsrheinisch) über ein Werk der Xella-Gruppe in Köln-Porz, das für die erforderliche Prozessenergie von Erdgas auf Braunkohlestaub umstellte. Herausgestellt wurden nur die Kostenreduzierungen.

Aus Umweltsicht scheint es eher zu Verschlechterungen zu kommen: Kohleverbrennung erzeugt mehr CO₂ als Erdgas; die in die Nachbarschaft einwirkenden Schadstoffe wie Stickoxide, Schwefelverbindungen, Staub – insbesondere Feinstaub - haben vermutlich stark zugenommen.

1994 betonte das Vorgängerunternehmen Ytong in einer Produkt- und Ökologiebrochure: „Erdgas belastet die Luft weniger mit Schadstoffen als feste oder flüssige Brennstoffe. Deswegen betreibt YTONG seine Produktionsanlagen heute hauptsächlich mit Erdgas.“

Da das Unternehmen in dem Pressebericht nun die Umstellung von Gas auf Kohle als Vorbild für weitere 78 weltweite Standorte herausgestellt hat, stellt sich die Frage nach örtlichen und globalen Umweltauswirkungen.

Wie werden solche Anlagen genehmigt, welche Veränderungen in der CO₂- und Schadstoff-Bilanz können angenommen werden?“

4.2 Erinnerung an ausstehende Stellungnahmen der Verwaltung

RM Frau Welcker erinnert zum einen an die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion zur „Errichtung kommunaler Ökokonten“.

Darüber hinaus bittet sie um Sachstandsmitteilung zum „Wettbewerb Bundeshauptstadt der Biodiversität“.

Herr Liebmann vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt teilt mit, dass die schriftliche Mitteilung hierzu bedauerlicherweise den Ausschuss zu dieser Sitzung nicht mehr erreicht habe.

Er könne jedoch bestätigen, dass sich die Stadt Köln möglicherweise an dem Wettbewerb beteilige. Diese Frage habe insbesondere unter dem Vorbehalt des zeitlichen Vorlaufs gestanden, vor allem wegen des vielfältigen Fragebogens. Hier konnten inzwischen die meisten Fragen beantwortet werden. Darüber hinaus gebe es eine An-

frage der BV 2, ob „Finkens Garten“ mit aufgenommen werde, dies könne ebenfalls bejaht werden.

4.3 Mündliche Anfrage der SE Frau Grosser zum Konzept Sauberes Köln

SE Frau Grosser berichtet anlässlich der vorgesehenen „Knöllchen“ wegen Verunreinigungen durch Hundekot über Anfragen von Hundehaltern, die sich nach Körben erkundigen, in die sie den Kot entsorgen können.

Zum anderen gebe es Fragen, wo die Hundefreilaufflächen wären, zum Beispiel im Raum Mülheim, Flittard, Stammheim.

Sie bittet dazu um Stellungnahme.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

6.1 Sürther Feld in Köln Sürth, Bebauungsplan Nr. 71380703 hier: Grünplanungs-Konzept der Ausgleichs- und Ersatzpflanzung 2933/2010

Auf Nachfrage zum Hintergrund des in der BV Rodenkirchen beschlossenen Ergänzungsantrages erläutert Herr Dr. Bauer die Aspekte der Finanzierung.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Beschlussvorschlag mit der **von der BV Rodenkirchen empfohlenen Ergänzung** zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt das Grünplanungs-Konzept für die Ausgleichs- und Ersatzpflanzung im Geltungsbereich des Bebauungsplans Sürther Feld zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage die Maßnahmen M1, M2 und M7 zeitnah und die weiteren Begrünungen dem Baufortschritt der einzelnen Bauabschnitte entsprechend sukzessiv umzusetzen.

Die öffentlichen Spielplätze sind über Durchführungsvertrag mit den Investoren sicher zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.2 Regionale 2010 Projekt: Portal Gut Leidenhausen 5169/2009

zurückgezogen

Die Vorlage wurde in der Sitzung am 30.08.2010 behandelt. Die BV Porz hat gleichlautend beschlossen, somit wird auf die Wiedervorlage verzichtet.

6.3 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten 2373/2010

Nach einhelliger Meinung der Fraktionen werde das Modell grundsätzlich begrüßt, jedoch solle es stadtweit angeboten werden, also sowohl im Links- als auch im Rechtsrheinischen.

RM Herr Bacher schlägt deshalb vor, den Beschluss um einen entsprechenden Zusatz zu ergänzen.

RM Frau Nesseler-Komp stellt fest, dass die CDU-Fraktion die hier vorgesehene Stelle auf dem Friedhof Melaten ausdrücklich ablehnt.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Antrag auf die **zusätzliche Beschlussfassung** zur Abstimmung:

1. Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün fordert die Verwaltung auf, Kooperationsgräberfelder im gesamten Stadtgebiet zu ermöglichen. Daher soll das nächste Kooperationsgräberfeld im Rechtsrheinischen geplant werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anschließend lässt sie über die den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

2. Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün beschließt das von der Steinmetz und Bildhauer Genossenschaft Köln eG vorgelegte Gestaltungskonzept für ein Kooperationsgräberfeld auf dem Friedhof Melaten. Er beauftragt die Verwaltung, vor der baulichen Umsetzung des Konzeptes mit der Genossenschaft die Details der Kooperation vertraglich zu vereinbaren und, soweit von grundlegenden Regelungen des vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) am 27.04.2009 beschlossenen Kooperationsvertrages abgewichen wird, dem AVR zur Genehmigung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion pro Köln und der FDP-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

6.4 Bedarfsfeststellung hier: Beschaffung von Grabkammern einschließlich Einbau und Oberflächenherstellung 3122/2010

Auf Nachfrage der SE Frau Grosser hinsichtlich der Amortisierung der hohen Kosten erläutert Herr Kaune, dass sich dies in der Gebührenberechnung niederschläge. Im übrigen könne man davon ausgehen, dass es sich bei den Grabkammern nach wie vor um die günstigste Nutzung handele, wobei von einer Vierfach-Nutzung ausgegangen werde.

RM Herr Brust bittet die Verwaltung, in der nächsten Zeit einmal eine Vergleichsrechnung vorzulegen, die den Verzicht auf die Betoneinbauten und stattdessen ggf. das Auffüllen eines Grabes vorsieht, wenn erforderlich.

Gleichzeitig bittet er um Vorschläge, wie die Felder attraktiver gestaltet könnten, beispielsweise durch Eingrünung.

SB Herr Dr. Albach stellt fest, dass die FDP-Fraktion das Kölner Modell des Bestattungswesens unterstütze, da es Erfolg zeige und als wirtschaftlich angesehen werde.

RM Frau Dr. Müller ist der Auffassung, dass dies dennoch nicht ausschliesse, grundsätzlich Alternativen zu prüfen.

Herr Kaune bestätigt auf die Nachfragen verschiedener Ausschussmitglieder, dass es sich hier um die Bestellung der letzten Tranche handele und damit bei unveränderter Auftragslage eine Lösung auf lange Sicht erreicht würde. Er weist darauf hin, dass die durchschnittliche Liegezeit 12 Jahre betrage.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün erkennt den Bedarf zur Beschaffung von 1.740 Grabkammern an und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.5 Unterschutzstellung der Terrassenkante im Bereich Herrigergasse/Alter Militärring als Naturdenkmal hier: Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 01.02.2010 3717/2010

RM Herr Bacher legt dar, dass die SPD-Fraktion sich nach Abwägung der verschiedenen Interessenlagen einstimmig entschlossen habe, dem Beschlussvorschlag der BV Lindenthal zu folgen und die Terrassenkante unter Schutz zu stellen. Die wesentlichen Argumente hierfür habe das Gutachten des Geologischen Dienstes NRW beigebracht.

RM Frau Welcker erläutert, dass sich die CDU-Fraktion dem grundsätzlich anschliesse, wobei dann das in der Neuplanung vorgesehene Haus 4 entfallen müsse. Allerdings wolle sie nicht wie die BV die Wohnfläche verteilt wissen auf alle anderen Häuser, sondern dies nur zum Teil zulassen, um zu verhindern, dass eine Bausünde aus vergangenen Jahren lediglich durch eine neue ersetzt würde. Deshalb bittet sie, den Beschlussvorschlag der BV Lindenthal im letzten Satz vor dem Wort „möglich“ um das Wort „teilweise“ zu ergänzen.

RM Herr Dr. Welpmann bestätigt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass wegen der Bedeutsamkeit der Terrassenkante auch aus ihrer Sicht der Eingriff in das Planverfahren gerechtfertigt sei.

Das bekräftigt auch Herr Fischer für Die Linke. Köln und hebt die stadtgeschichtliche Relevanz hervor.

SB Herr Dr. Albach teilt mit, dass sich die FDP-Fraktion dem Entschluss der Unterschutzstellung ebenfalls anschliesse und insbesondere mit diesem Beschluss des zu-

ständigen Ausschusses Rechtssicherheit herbeiführen wolle, auch im Interesse des Investors.

Hinsichtlich dieser Frage wendet Herr BG Streitberger ein, dass jedem Eigentümer der Fläche der Klageweg grundsätzlich offen stehe, dennoch sei so oder so eine Entscheidung zu treffen. Er bedaure, dass die Vorlage den Ausschuss Umwelt und Grün erst so spät erreicht habe.

Er bittet aber zu bedenken, dass die Entscheidung zu der Vorlage unter TOP 7.2 hiermit untrennbar verbunden sei und es bei einem zustimmenden Beschluss das Bauprojekt an der Herrigergasse so nicht mehr geben werde.

Die erwähnte „Bausünde“ würde daher wohl erhalten bleiben, und die schon seit zwei Jahren andauernden Bemühungen der Verwaltung könnten nun nicht fruchten.

Er weist darauf hin, die BV habe gleichzeitig sowohl der Unterschutzstellung der Terrassenkante als auch dem Bebauungsplan zugestimmt. Dies könne aber nicht funktionieren.

Frau Dr. Müller und Herr Bacher stellen klar, dass sie dies jeweils in den Diskussionen in ihren Fraktionen berücksichtigt hätten und nicht den gleichen „Fehler“ wie die BV machen wollten.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung, dem Beschlussvorschlag der BV Lindenthal zu folgen mit der Ergänzung im letzten Satz: Ein Ausgleich außerhalb des Schutzgebietes auf der übrigen Bauplanfläche ist jedoch **teilweise** möglich.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion pro Köln gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FPD-Fraktion.

Anschließend stellt sie den Beschlussvorschlag in Form des **geänderten Beschlusses der BV Lindenthal** zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

die Unterschutzstellung der gesamten Terrassenkante wie in der Legende der Anlage 2 schraffiert nach § 28 BNatSchG in Verbindung mit § 22 Abs. 3 BNatSchG und § 42 e Landschaftsschutzgesetz zunächst für die Dauer von 2 Jahren einstweilig sicherzustellen und damit das Verfahren zur endgültigen Unterschutzstellung einzuleiten.

Die in Anlage 2 eingezeichnete Fläche des Bodendenkmals (nach der Legende anders schraffiert) soll, wie vom Amt für Archäologische Bodendenkmalpflege angeregt, als Fläche in die Liste der Bodendenkmäler der Stadt Köln eingetragen werden.

Das vom Investor geplante Haus Nr. 4 muss entfallen. Ein Ausgleich außerhalb des Schutzgebietes auf der übrigen Bauplanfläche ist jedoch möglich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.6 Einspruch der Bezirksvertretung Lindenthal zur beabsichtigten Erteilung einer Fällgenehmigung für das Bauvorhaben Belvederestraße 100 in Köln-Müngersdorf 3738/2010

RM Herr Dr. Welpmann kritisiert, dass die Baugenehmigung zeitlich nach dem Beschluss der BV 3 zur Unterschutzstellung der Terrassenkante im Bereich Herrigergasse erteilt wurde und somit im Wissen um diesen schützenswerten Bereich. Der Eingriff sei also vermeidbar gewesen.

Herr BG Streitberger räumt den Konflikt grundsätzlich ein. Der seinerzeitige Beschluss der BV Lindenthal sei jedoch zu dem Zeitpunkt noch nicht rechtlich bindend gewesen. Zudem unterliege ein solcher Eingriff der Abwägung, in der berücksichtigt werden müsse, dass zur Kompensation grundsätzlich auch der Weg der Wiederherstellung möglich ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün weist den Einspruch der Bezirksvertretung Lindenthal zurück und beauftragt die Verwaltung zur Erteilung der Fällgenehmigung für das Bauvorhaben Belvederestraße 100 (Aktenzeichen 63/B33/5153/2009).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.7 Einsatz von Laubblasgeräten in der Grünpflege 3487/2010

SE Herr Bilke erkundigt sich nach Erkenntnissen über die Aufwirbelungen durch die Geräte, z.B. von Stauben und Keimen aus Tierkot, und deren Auswirkungen auf die Passanten oder die Arbeitssicherheit.

RM Herr Brust vermisst das von der Verwaltung versprochene Konzept zu dem Thema. Insbesondere seien alle Fragen, die mit Gesundheitsschutz zusammenhängen, nicht behandelt. Zudem gehe er davon aus, dass Zweitakt-Motoren eingesetzt werden sollen, die einen erheblichen Schadstoffausstoß verursachen. Er fordert daher genauere Angaben über den Technikeinsatz und deren Alternativen, über die Schadstoff- und die Lärmimmissionen bzw. darüber, welche Werte eingehalten werden sollen.

Auch wünsche er eine Aktualisierung der Untersuchung des RPA.

RM Herr Dr. Welpmann unterstützt die Anmerkungen und bittet, diese in eine neue Vorlage der Verwaltung einarbeiten zu lassen.

In der weiteren Diskussion kristallisiert sich heraus, dass angesichts des Zeitplans, der zu erfüllenden Verkehrssicherungspflicht sowie des Umstands, dass bei Verzögerung der Beschaffung dieser – schon im Gegensatz zur alten Generation leiseren – Neugeräte erhebliche Kosten für die Reparatur defekter Altgeräte anfielen, eine Ver-tagung der Entscheidung nicht sinnvoll wäre.

RM Herr Bacher stellt daher den Antrag, den Beschluss hinter dem ersten Satz um folgenden Passus zu ergänzen:

„Der Ausschuss legt besonderen Wert darauf, dass das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen bestrebt ist, die eingesetzten Geräte auf dem neuesten Stand der Technik zu halten, um negative Eigenschaften, insbesondere Lärmemissionen soweit wie möglich zu reduzieren. Die konkreten Gerätestandards sind dem Ausschuss vorzulegen.“

Darüber hinaus bittet der Ausschuss Umwelt und Grün die Verwaltung, zu den aufgeworfenen Fragen und Anmerkungen zu einer der nächsten Sitzungen Stellung zu nehmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stimmt zu, dass auch zukünftig Laubblasgeräte beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen in der Grünunterhaltung eingesetzt werden können, um öffentliche Wege in und an Grünanlagen von Laub und Rasenschnitt zu befreien und so die verkehrssichere Begehbarkeit herzustellen.

Der Ausschuss legt besonderen Wert darauf, dass das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen bestrebt ist, die eingesetzten Geräte auf dem neuesten Stand der Technik zu halten, um negative Eigenschaften, insbesondere Lärmemissionen soweit wie möglich zu reduzieren. Die konkreten Gerätestandards sind dem Ausschuss vorzulegen.

Der Bedarf zum Kauf der in den Anlagen aufgeführten Geräte wird festgestellt. Das Beschaffungsprogramm kann eingeleitet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

7.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: "Rather See" in Köln-Rath/Heumar 1910/2009

Auf den Einwand von Herrn Fischer, dass wegen möglicher Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf die Fauna oder das Grundwasser frühzeitig die Untere Landschafts- und Untere Wasserbehörde einbezogen werden, teilt Herr BG Streitberger mit, dass dies schon geschehen und die Vorlage das Ergebnis einer abgestimmten Verwaltungsmeinung sei. Auch im weiteren Verfahren werde das Stadtplanungsamt die Belange des Landschaftsschutzes und des Wasserrechtes durch entsprechende Beteiligung der zuständigen Ämter sicherstellen.

RM Herr Dr. Welpmann legt dar, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe aus ökologischer Sicht schon Probleme mit dem Planverfahren, andererseits müsse man die berechtigten Interessen der Bevölkerung hinsichtlich der Badenutzung sehen; schließlich werde dort bereits illegal gebadet und es sei faktisch kaum möglich, dies zu verhindern. Außerdem würde der wirtschaftliche Betrieb einer solchen Anlage nur dann funktionieren, wenn entsprechende Einnahmen generiert werden könnten. Unter Abwägung der Gesamtumstände würde sich die SPD-Fraktion daher für die Alternative 1 aussprechen. Ergänzend dazu formuliert Herr Dr. Welpmann den Änderungsantrag, in

dieser Alternative 1 nur den ersten Satz stehen zu lassen: „Die Planung erfolgt mit nur einer Wasserskibahn“, und den 2. Satz zu streichen.

RM Herr Kienitz bestätigt auch für die CDU-Fraktion, dass die Vorlage begrüßt werde, da sie zur Neuordnung der derzeit illegalen Nutzungen mit den entsprechenden negativen Begleiterscheinungen wie die erhebliche Vermüllung oder unbefriedigenden Parkplatzsituation führe. Die CDU-Fraktion habe aber ein Problem mit der Wegeführung im nördöstlichen bzw. östlichen Bereich des Sees, er bittet daher, im weiteren Verlauf der Beratung auf die Wegeführung zu verzichten, um dort einen naturbelassenen Bereich, der rekultiviert werden soll, zu belassen. Ansonsten stellt er klar, dass die CDU-Fraktion den Änderungsvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ablehnen werde.

Die SPD-Fraktion schließt sich laut RM Herr Bacher der Meinung an, dass nur eine Wasserskibahn geplant werden soll. Hingegen wolle sie dem als Prüfauftrag an die Verwaltung formulierten Wunsch der BV zum Thema Wegeführung folgen.

SB Herr Dr. Albach spricht sich für die Übernahme des Pkt. 3 aus dem Beschlussvorschlag der BV aus, damit von der Fachverwaltung geprüft werde, ob die zwei geschützten Landschaftsbestandteile, die mit der Wegeführung verbunden würden, auch wirklich so erschlossen werden sollten.

Im übrigen glaube die FDP-Fraktion, dass hier jemand etwas Hochwertiges für die Bevölkerung im Kölner Osten schaffen wolle, und plädiert dafür, alle Angebotsmöglichkeiten wie beispielsweise auch die des Klettergartens, der von Kindern sehr gut angenommen werde, zu nutzen. Die FDP-Fraktion lehne daher ebenfalls den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

SE Herr Bilke sieht den klassischen Konflikt zwischen Freizeit, Naturschutz und Interessen privater Investoren und legt seine Einschätzung dar, dass das Hauptinteresse der Bevölkerung in der Nutzung des Strands und des Badegewässers liege, welches sich auf die Sommermonate begrenze. Aus seiner Sicht schießt die Vorlage daher weit über das Ziel hinaus bzw. sei teilweise sogar kontraproduktiv, weil beispielsweise eine Wasserskibahn den Badebetrieb störe. Grundsätzlich sei zu verhindern, dass hier ein Erholungsschwerpunkt mit weitem Einzugsgebiet geschaffen werde.

Herr Scheu vom Stadtplanungsamt erklärt, dass es auch aus Sicht der Landschaftsbehörde befürwortet werde, hier zur Entlastung anderer Bereiche einen Freizeitschwerpunkt zu schaffen, der gleichzeitig wirtschaftlich und für die Bevölkerung günstig sein solle sowie Vereine anziehe. Die Wegeführung solle naturnah gestaltet werden und Störungen der sensiblen Bereiche verhindern.

Auf die von RM Frau Paffen geäußerte Bitte an die Verwaltung, zur Vermeidung von Entwicklungen wie am Fühlinger See möglichst frühzeitig eine Nutzungssatzung einzubringen, antwortet Herr BG Streitberger, dass dies hier nicht möglich sei, da die Nutzung auf Privatgelände erfolge und demnach kein öffentliches Satzungsrecht herrsche.

Die Ausschussvorsitzende lässt über die einzelnen Änderungsanträge abstimmen:

1. Der Beschluss wird um den von der BV Kalk beschlossenen Pkt. 3 ergänzt
Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion pro Köln und der FDP-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

2. Beschlussvorschlag mit der Alternative 1 unter Streichung des 2. Satzes „Der Kletterwald und eine zweite Wasserskibahn werden als Erweiterungsoptionen im Rahmen der weiteren Planung geprüft.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion pro Köln, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion.

Anschließend stellt sie den **so geänderten Beschluss** zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet östlich des Neubrücker Rings, südlich des Hüttenwegs, westlich des Brück-Rather Steinwegs und nördlich der Bebauung an der Rösrather Straße —Arbeitstitel: "Rather See" in Köln-Rath/Heumar— einzuleiten mit dem Ziel, eine Nutzung als Bade- und Freizeitsee festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept des Vorhabenträgers (1 (Anlage 3, zwei Wasserskibahnen) (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2.
3. beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob unter Berücksichtigung des Naturschutzes eine allgemein zugängliche Wegeverbindung rund um den See geführt werden kann, die auch Blickbeziehungen zum See zulässt.

Alternative 1:

Die Planung erfolgt mit nur einer Wasserskibahn.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion pro Köln gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion.

**7.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 61454/02
Arbeitstitel: Herrigergasse in Köln-Müngersdorf
1406/2010**

Aufgrund des unter TOP 6.5 gefassten Beschlusses zur Unterschutzstellung der Terrassenkante im Bereich Herrigergasse/Alter Militärring (Nr. 3717/2010) und die dadurch offenbar eintretende Konsequenz, dass die Planung durch die Verwaltung so nicht mehr vollziehbar wäre, macht RM Herr Dr. Welpmann den Vorschlag, der Ausschuss solle sich mit dieser Vorlage nicht befassen.

Auf Nachfrage des SB Herr Dr. Albach hinsichtlich der Auswirkungen auf das weitere Verfahren legt Herr BG Streitberger dar, der Verzicht der Beschlussfassung durch den

Ausschuss für Umwelt und Grün hätte keine rechtlichen Konsequenzen, auch mit Blick auf die anstehende Beratung im Stadtentwicklungsausschuss.

Er weist darauf hin, dass es unter diesen Umständen nun voraussichtlich eine Bebauung im Wege von Baugenehmigungen im Rahmen eines rechtsgültigen Bebauungsplanes gebe, und daher die mit dieser Planung gewünschten Verbesserungen nicht erreicht werden könnten.

RM Herr Bacher hofft hingegen auf die Einsicht des Investors und die Unterstützung durch die Verwaltung dahingehend, Alternativen zu finden.

Die Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag der **Nichtbefassung mit der Vorlage** abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion pro Köln bei Enthaltung der CDU- und der FDP-Fraktion.

7.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: "Am Lusthaus" in Köln-Rath/Heumar 1879/2010

RM Herr Kienitz verweist auf die Zurückstellung in der BV Kalk, die zunächst eine Ortsbegehung wünsche. Die CDU-Fraktion wolle das Votum abwarten. Im übrigen würde sie die Variante 1 in Anlage 3 befürworten.

RM Herr Bacher stellt fest, dass die SPD-Fraktion eine Einschätzung ohne die Ortsbesichtigung treffen könne, sie plädiere für die Alternative 2.

RM Herr Dr. Welpmann bestätigt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bevorzuge ebenfalls die Alternative 2.

Auf die Frage des SE Herrn Donath, ob hier nicht die Schaffung einer Passivhaussiedlung möglich sei, erklärt Herr BG Streitberger, er werde beim Investor gerne dafür werben, dies könne aber nicht zur Auflage gemacht werden.

In der weiteren Beratung werden zwischen den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung die bauleitplanerischen Zielsetzungen, wie die Vermeidung des „Ausfransens“ nach Norden, sowie die Einbindung der Ergebnisse der Integrierten Raumanalyse im Bebauungsplanverfahren diskutiert.

Anschließend lässt die Ausschussvorsitzende über die mehrheitlich befürwortete Beschlussfassung der Alternative 2 abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das circa 15 800 m² große Grundstück, Gemarkung Rath, Flur 77, nördlich der Straßenrandbebauung Lützerathstraße, östlich der Straßenrandbebauung RATHER Kirchweg, südlich der landwirtschaftlichen Fläche An der Leichten Hecke

und westlich des Fichtenforstes (Flur 77, Flurstücke 979/182, 978/182, 182/2, 182/1, 237/133, 236/133, 278/132, 277/132, 276/132 und teilweise 129/2, 358/129) —Arbeitstitel: "Am Lusthaus" in Köln-Rath/Heumar— aufzustellen mit dem Ziel, "Allgemeines Wohngebiet" festzusetzen;

2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept —Arbeitstitel: "Am Lusthaus" in Köln-Rath/Heumar— zur Kenntnis;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1 mit der Planung auf der Grundlage des Planungskonzeptes Vorschlag 1 (Anlage 3).

Alternative 2:

Planung auf Grundlage des Planungskonzeptes Vorschlag 3 in Anlage 5

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion pro Köln gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion.

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

9 Mitteilungen

9.1 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008 1737/2010

9.2 Mülheim 2020 Integriertes Handlungskonzept für Köln-Mülheim, -Buchforst und - Buchheim hier: Beschluss des Konzeptes zur Optimierung des Bürgerparks an der Berliner Straße 3572/2010

Die Verwaltung nimmt die Anregung der SE Frau Reiff auf, Behinderten über eine Rampe den Zugang zur Bühne zu ermöglichen; ebenso die des SB Herrn Dr. Albach, die Öffnungszeiten an die Helligkeit anzupassen.

9.3 Wegeführung in der Wahner Heide 3688/2010

9.4 Zwischenbilanz zum Projekt ÖKOPROFIT 2010 in Köln 3900/2010

Der SE Herr Donath stellt dazu folgende Fragen:

Wie ist das Zertifikat „Ökoprofit“ mit anderen Umweltzertifikaten und Umwelt- und Energiemanagementsystemen verwoben? Wie hat sich in Köln insbesondere das Interesse an EMAS seit der Mitteilung der Verwaltung im Sommer 2007 entwickelt?

Können diese Zertifikate in ein Energiemanagementsystem (DIN EN 16001) einmünden, das besonders für kleine und mittlere Unternehmen Vergünstigungen bringt; z.B. sieht das Energiekonzept der Bundesregierung für teilnehmende Unternehmen Stromsteuerbefreiungen über 2013 hinaus vor?

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**9.5 PFT-Funde im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich; Hier Sachstand zum 15.09.2010
3827/2010**

**9.6 Vortrag zum Stand der Lärminderungsplanung
4016/2010**

Vertagt in die Sitzung 23.11.2010

9.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Auswirkungen der Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke auf kommunale Energieversorger"

Vertagt in die Sitzung 23.11.2010

**9.8 Geschäftsbericht 2009 des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes
4093/2010**

Vertagt in die Sitzung 23.11.2010

Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

Anja Nick
(Schriftführerin)